



Konferenz  
zur **Zukunft**  
**Europas**

# Konferenz zur Zukunft Europas

Drittes Europäisches Bürgerforum: „**Klimawandel  
und Umwelt/Gesundheit**“

Empfehlungen

**Konferenz zur Zukunft Europas  
Drittes Europäisches Bürgerforum:  
„Klimawandel und Umwelt/Gesundheit“**

**EMPFEHLUNGEN DES FORUMS (AN DAS PLENUM)**

**Punkt 1: Besser leben**

**Unterpunkt 1.1 Gesunder Lebensstil**

- 1. Wir empfehlen, dass die EU den Biolandbau subventioniert, um Bioerzeugnisse billiger zu machen, und Anreize für organische Pestizide schafft. Außerdem sollte die EU die Weiterbildung von Landwirten im Bereich der ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft fördern. Monokulturen sollten vermieden werden. Kleine Biobetriebe, Betriebe mit nicht-intensiven Anbaumethoden und kurzen Versorgungsketten brauchen Unterstützung, damit sie wettbewerbsfähiger werden.**

Subventionierte Bioerzeugnisse wären erschwinglicher. Wir sollten Supermärkte mit kürzeren Lieferketten unterstützen und mehr Verkaufsmöglichkeiten für kleinere Landwirte schaffen. So hätten mehr Menschen Zugang zu frischen Erzeugnissen. Außerdem sind die Preise für nicht biologische Erzeugnisse im Vergleich zum Schaden, den sie anrichten, zu niedrig.

- 2. Wir empfehlen die Förderung von Innovationen in der vertikalen Landwirtschaft durch Investitionen aus der EU.**

Durch vertikale Landwirtschaft können wir Fläche sparen, die stattdessen für die Forstwirtschaft genutzt werden kann. Sie erfordert auch keine Pestizide – wir könnten also mehr Bio-Lebensmittel erzeugen. Außerdem wird diese Art des Anbaus nicht von schlechten Witterungsbedingungen beeinträchtigt, die infolge des Klimawandels immer häufiger auftreten. Und sie ermöglicht kürzere Lieferketten.

- 3. Die EU sollte Mindeststandards für die Qualität und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln sowie für das Angebot saisonaler Lebensmittel in Schulkantinen festlegen. Gesunde Lebensmittel in Schulkantinen sollten daher**

**subventioniert werden, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler dort hochwertiges Essen zu erschwinglichen Preisen erhalten.**

Bereits in jungen Jahren bilden wir Gewohnheiten aus, die entscheidend für unsere Gesundheit sind. Deswegen sollten schon in der Schule gute Gewohnheiten vermittelt werden, die die Schülerinnen und Schüler auch zu Hause umsetzen können. Dies ist auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit: Jeder und jede in der EU sollte das Recht auf gutes Schulessen haben.

- 4. Wir empfehlen Investitionen in neue und bestehende Fahrradwege, um Fahrradfahren sicher und attraktiver zu machen. In ganz Europa sollten alle Altersgruppen an Schulungen zu Straßenverkehrsregeln teilnehmen können, insbesondere E-Bike-Fahrer/innen und Menschen ohne Führerschein. Die Hersteller von E-Bikes sollten verpflichtet werden, Informationen über die Nutzung und Risiken von E-Bikes bereitzustellen. Fahrradfahrer sollten bei Verkehrsunfällen mit motorisierten Fahrzeugen rechtlich geschützt sein (so wie in der niederländischen Gesetzgebung). Wir unterstützen autofreie Zonen in Städten (ohne Beeinträchtigung von Gewerbegebieten). Generell sollten Fahrradfahrer und Fußgänger Vorrang vor motorisierten Verkehrsteilnehmern haben. Dabei ist besonders auf Straßenverkehrssicherheit und die Einhaltung der Straßenverkehrsregeln zu achten.**

Dies ist wichtig, weil Fahrradfahren Vorteile für jede/n Einzelne/n und die öffentliche Gesundheit bietet und dabei die Luftqualität verbessert, die Lärmbelastung verringert, das Klima schont und den innerstädtischen Verkehr entlastet. Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen müssen sich sicher fühlen. Die verstärkte Nutzung von E-Bikes bringt Risiken mit sich, denen Rechnung zu tragen ist. Oft gibt es keine Fahrradwege oder sie sind in schlechtem Zustand.

- 5. Wir empfehlen, die Erzeugung von Lebensmitteln in Bildungsprogramme aufzunehmen. Projekte wie Schulgärten und – soweit möglich – auch Urban Gardening auf öffentlichen und privaten Flächen sollten subventioniert und gefördert werden. Der Bedarf an Raum, Wasser und Unterstützungsinfrastruktur muss in die Städteplanung einfließen. Zum Beispiel könnten Parkflächen begrünt oder Gebäude für Vertikalgärten genutzt werden. Baugenehmigungen könnten an das Vorsehen grüner Flächen gekoppelt werden. Innovative und bewährte Verfahren sollten EU-weit verbreitet werden.**

Gartenbauprojekte fördern die Resilienz von Städten und Einwohnern und bringen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und sozialer Herkunft zusammen. Mehr Grünflächen sorgen für eine bessere Lebens- und Luftqualität, stärken die mentale und körperliche Gesundheit und schützen die Umwelt.

### Unterpunkt 1.2 Umwelterziehung

- 6. Wir empfehlen, dass die EU eine Richtlinie annimmt, mit der Stadtentwicklungsprogramme an bestimmte Umwelanforderungen gebunden werden, um die Städte umweltfreundlicher zu machen. Die Richtlinie sollte für private und öffentliche Gebäude und Flächen gelten, beispielsweise neu entstehende Gebäude. Sie muss Mindeststandards festlegen, damit Gebäude und Flächen so „grün“ wie möglich sind. „Grün“ bezieht sich hier auf die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, einen sparsamen Energieverbrauch, einen niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Raum für Pflanzen bei Architekturprojekten.**

Grüne Städte tragen durch die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen aktiv zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Sie helfen auch, Ozonwerte zu senken, was sich positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirkt. Dank Investitionen in grünere Städte können sich Gemeinschaften nachhaltig entwickeln, was langfristig einen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen hat.

- 7. Wir empfehlen, dass die EU mit Unterstützung der Mitgliedstaaten eine gemeinsame Europäische Charta entwickelt, annimmt und umsetzt, in der die Umweltprobleme ganzheitlich angegangen werden. Die Charta wird den Mitgliedstaaten als Rahmen für die Entwicklung regelmäßiger Aufklärungskampagnen dienen, die über alle verfügbaren Medienkanäle und ein neues Informationsportal verbreitet werden. Diese Kampagnen sollten in der gesamten EU auf allen Ebenen stattfinden, um das Umweltbewusstsein aller Bürger/innen zu schärfen.**

Aufgrund mangelnder Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten sind die derzeit geführten Kampagnen nicht sehr wirksam. Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels, der eine weltweite Herausforderung darstellt, werden dadurch gebremst. Eine gemeinsame Charta sorgt für Synergien

zwischen den Aktionsplänen der Mitgliedstaaten, sodass sie mehr Wirkung entfalten. Außerdem würde die Bevölkerung kohärent und konsistent darüber aufgeklärt, wie sich alltägliche Entscheidungen, etwa die Wahl des Verkehrsmittels oder der Umgang mit Abfällen, auswirken.

## Punkt 2: Schutz von Umwelt und Gesundheit

### Unterpunkt 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

- 8. Wir empfehlen ein abgestuftes einheitliches Kennzeichnungssystem, das den gesamten ökologischen Fußabdruck jedes verfügbaren Produkts, das innerhalb der EU verkauft wird, anzeigt. Produkte von außerhalb der EU müssen dieses Kennzeichnungssystem in transparenter Weise einhalten. Die Produkte sollten deutlich gekennzeichnet sein, beispielsweise mit einem QR-Code, der umfassende Informationen über das Produkt enthält.**

Die Verbraucher/innen in der EU benötigen diese Informationen über den Lebenszyklus des Produkts, um fundierte Kaufentscheidungen treffen zu können. So können sie mit verantwortungsvollen Entscheidungen bewusst zum Schutz ihrer Umwelt beitragen.

- 9. Wir empfehlen, mehr in die Erforschung neuer umweltfreundlicher Energiequellen zu investieren und bis zu deren Realisierung Investitionen in bestehende optimale Energielösungen zu verstärken. Wir empfehlen auch, die europäische Bevölkerung transparent über die verschiedenen Energiequellen aufzuklären. Zum Wohle heutiger und künftiger Generationen empfehlen wir nachdrücklich, die gesamten ökologischen und sozialen Auswirkungen der verschiedenen Energieerzeugungsverfahren zu berücksichtigen.**

Bei der Energieerzeugung werden derzeit viel zu viele CO<sub>2</sub>-Emissionen und andere giftige Stoffe freigesetzt, die das Klima und die Luftqualität beeinträchtigen. Um die europäischen Richtlinien, die Empfehlungen der IPCC-Berichte und die COP26-Ziele einzuhalten, sind mehr Forschung und Investitionen erforderlich, wenn wir eine klimaneutrale Energieerzeugung erreichen wollen.

## Unterpunkt 2.2 Schutz unserer biologischen Vielfalt

**10. Wir empfehlen eine drastische Verringerung von chemischen Pestiziden und Düngemitteln in allen Arten von landwirtschaftlichen Betrieben. Dazu müssen höhere gemeinsame Standards durchgesetzt, die Forschung zu natürlichen Alternativen beschleunigt und die Annahme neuer Lösungen, etwa die Weiterbildung von Landwirten, gefördert werden.**

Obwohl bei alternativen Düngemitteln und Pestiziden bereits Fortschritte erzielt wurden, sind die meisten von ihnen noch nicht für große landwirtschaftliche Betriebe einsetzbar. Zur Entwicklung neuer Lösungen ist eine bessere Abstimmung erforderlich. Die Forschung sollte sowohl durch öffentliche Ausgaben als auch durch höhere Standards in Bezug auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln vorangetrieben werden. Forschungsergebnisse müssen auf EU-Ebene rasch verbreitet werden.

**11. Wir empfehlen die Ausweitung der Schutzgebiete für die Erhaltung der biologischen Vielfalt (einschließlich Säugetieren, Vögeln, Insekten und Pflanzen) und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf menschliche Eingriffe in diese Gebiete. Die Schutzgebiete werden nicht mehr isoliert betrachtet, sondern verstehen sich im Einklang mit den harmonisierten EU-Standards als Fortsetzung städtischer Grüngebiete.**

Aufgrund von Entwaldung ist die biologische Vielfalt stark beeinträchtigt. Eine der wichtigsten Möglichkeiten zum Schutz der Vielfalt an Land ist die Schaffung von Schutzgebieten. In unmittelbarer Nähe zu verschmutzten Städten können sie jedoch nicht leicht erhalten werden. Auch menschliche Eingriffe sind schwer zu vermeiden, wenn die Umgebung nicht naturfreundlich ist. Wir müssen die Wohngebiete umweltfreundlicher machen und besser in ihre natürliche Umgebung integrieren.

**12. Wir empfehlen, die Beihilfen in der Landwirtschaft hauptsächlich auf Projekte zu lenken, die sich mit der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft und konkret mit der Achtung von Natur und Arbeitskräften beschäftigen. Die Empfänger sollten klare Umweltnormen einhalten und dabei streng überwacht werden.**

Wir sind der Ansicht, dass ausschließlich nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden sollte. Das bedeutet, dass die derzeitigen generischen Beihilfen umgeschichtet werden. Darüber hinaus kann die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel erhöht werden, wenn nicht mehr jährliche Zahlungen erfolgen, sondern Projekte zur Unterstützung des Wandels und innovative Lösungen gefördert werden. Die ökologischen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Tätigkeiten und Projekte sollten besser überwacht werden. Die Menschenrechte der Arbeitskräfte sind ebenfalls als Teil der Nachhaltigkeit zu betrachten.

**13. Wir empfehlen, dass die EU durch die Einführung strengerer Vorgaben für EU- und Importerzeugnisse einen fairen Wettbewerb bei umweltfreundlichen Agrarerzeugnissen gewährleistet und deren Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Qualitätskontrolle sicherstellt.**

Die nachhaltige Produktion ist weniger ertragreich und daher kostenmäßig weniger wettbewerbsfähig. Importprodukte sollten denselben strengen Standards in Bezug auf die ökologischen Auswirkungen ihrer Erzeugung entsprechen. Wir brauchen Behörden, die in der Lage sind, die Rückverfolgbarkeit der eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sicherzustellen.

**14. Wir empfehlen eine rasche und massive Wiederaufforstung und Aufforstung in der EU durch Maximierung der Bodennutzung. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf der Wiederaufforstung von bewirtschafteten oder vernichteten Wäldern sowie auf der Aufforstung in Gebieten mit Bodenschädigungen liegen. Neue, verantwortungsvollere Lösungen sind nötig, um Holz besser zu nutzen, beispielsweise Ersetzung von Kunststoffen und chemischen Materialien, Gewährleistung einer höheren Energieeffizienz durch Biomasse und Recycling von Holzprodukten.**

Die Aufforstung wirkt sich positiv auf die Umwelt und die biologische Vielfalt aus. Gleichzeitig müssen wir weniger Holz verfeuern und es stattdessen dort nutzen, wo ein großer Mehrwert entsteht, beispielsweise wenn Kunststoffe durch Holz ersetzt werden.

## Unterpunkt 2.3 Sichere und gesunde Lebensmittel

**15. Wir empfehlen die rasche und schrittweise Abschaffung nicht nachhaltiger Formen von Lebensmittelverpackungen, vor allem von Verpackungen aus Plastik und anderen biologisch nicht abbaubaren Materialien. Wir schlagen vor, dies im Wege finanzieller Anreize für Unternehmen zu erreichen, die auf 100 % abbaubare Verpackungen umstellen und in die Erforschung von Alternativen investieren. Im Gegenzug sollten Unternehmen, die nicht abbaubare Verpackungen verwenden, sanktioniert werden.**

Plastikmüll und vor allem Mikroplastik nehmen immer größere Ausmaße an und bauen sich nur langsam ab. Durch die Verwendung von Plastik wird die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln und damit die Gesundheit von Mensch und Tier beeinträchtigt. Die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Reduzierung nicht abbaubarer Verpackungen sind darüber hinaus unzureichend.

**16. Wir empfehlen, die Massentierhaltung schrittweise abzuschaffen und den würdelosen Bedingungen in der Tierhaltung generell ein Ende zu bereiten. Wir schlagen die Einführung gemeinsamer Normen für Tierhaltung (z. B. maximale Anzahl von Tieren, angemessener Außenbereich) sowie stärkere Investitionen in nicht intensive Methoden (extensive und nachhaltige Tierhaltung) vor. Durch finanzielle Anreize und die Weiterbildung der Landwirte soll dieser Wandel unterstützt werden.**

Die schrittweise Abschaffung der Massentierhaltung sorgt für weniger Umweltverschmutzung und mehr Naturschutz. Die Tiere müssen weniger häufig medikamentös behandelt werden, wodurch sich auch die Fleischqualität verbessert. Massentierhaltung wird dem Tierwohl nicht gerecht. Es gibt nachhaltigere Haltungsformen wie extensive Tierhaltung. Um den Tierzüchtern bei der Umstellung ihrer Betriebe zu helfen, sind Subventionen erforderlich.

**17. Wir empfehlen eine Verschärfung der Kontrollen, um das Verbot des unnötigen Einsatzes von Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln in Futtermittelzusatzstoffen durchzusetzen und Realität werden zu lassen. Wir schlagen vor, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung auf Fälle zu beschränken, in denen die Gesundheit und das Wohlergehen des Tieres dies unbedingt erfordert, und sie nicht mehr präventiv zu verabreichen. Außerdem**

**muss mehr in die Forschung investiert werden, um wirksamere Antibiotika und Alternativen zu entwickeln und dabei gleichzeitig auf der bestehenden Forschung im Bereich Antibiotika aufzubauen.**

Je mehr Fleisch wir von Tieren essen, die mit Antibiotika behandelt wurden, desto weniger schlagen Antibiotika bei uns an. Es kostet Zeit, um passende Alternativen zu Antibiotika zu finden und sicherzustellen, dass Viehzüchter diese kennen und bereit sind, sie zu nutzen. Wir erkennen an, dass es EU-Richtlinien zu Antibiotika gibt. Diese wurden EU-weit jedoch nicht einheitlich umgesetzt. Tierarzneimittel werden außerdem für Dopingzwecke missbraucht. Strengere Vorschriften in diesem Bereich würden das Tierwohl erhöhen und ihre Lebensqualität verbessern.

**18. Wir empfehlen, mit EU-Rechtsvorschriften eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel einzuführen, bei deren Herstellung Hormone und endokrine Disruptoren verwendet wurden. Die Kennzeichnung sollte Art, Menge und Exposition betreffen. Lebensmittelerzeugnisse, die derartige Substanzen enthalten, müssen diesbezüglich auf der Verpackung deutlich gekennzeichnet sein. Zusätzlich sind dort auch die Gründe für die Verwendung der Substanzen zu nennen. Darüber hinaus müssen wir die Forschung zu Auswirkungen von Hormonen und endokrinen Disruptoren auf die menschliche Gesundheit beschleunigen.**

Lebensmittel sind derzeit nicht rückverfolgbar, insbesondere im Hinblick auf Hormone und endokrine Disruptoren. Wir sind der Ansicht, dass mehr Transparenz bei der Lebensmittelproduktion erforderlich ist, um der Rechenschaftspflicht gerecht zu werden. Die Verbraucher/innen sollten wissen, welche Zutaten ihre Lebensmittel enthalten, und frei entscheiden können, was sie zu sich nehmen. Bislang sind die Auswirkungen (und potenziellen Risiken) des Verzehrs von Lebensmitteln mit Hormonen und endokrinen Disruptoren auf den Menschen nur unzureichend erforscht.

**19. Wir empfehlen, den Konsum verarbeiteter Lebensmittel durch die Besteuerung ungesunder Lebensmittel und Investitionen der auf diese Weise aufgebrauchten Mittel in gesunde Lebensmittel einzudämmen. Wir schlagen vor, ein europaweites Punktesystem für gesunde Lebensmittel einzuführen, das auf bewährten Verfahren in den Mitgliedstaaten basiert. Die Lebensmitteletiketten sollten die Verbraucher/innen über den**

## gesundheitlichen Nutzen oder Schaden von Lebensmitteln informieren.

Die auf diese Weise aufgebrachten Mittel könnten für Sensibilisierungs- und Werbekampagnen, für gesundes Essen in Schulen sowie dafür verwendet werden, ungesunde Lebensmittel in Supermärkten weniger sichtbar einzuordnen. Investitionen in gesunde Lebensmittel tragen zur allgemeinen Gesundheit der Bevölkerung bei. Dadurch würden die öffentlichen Ausgaben zur Bewältigung von Gesundheitsproblemen infolge ungesunder Ernährung gesenkt. Außerdem sind wir der Ansicht, dass mit Steuern und Subventionen Anreize für die Produktion gesünderer Lebensmittel geschaffen werden können.

## Punkt 3: Neuausrichtung von Wirtschaft und Konsum

### Unterpunkt 3.1 Regulierung von Überproduktion und -konsum

**20. Wir empfehlen, dass die EU mehr Möglichkeiten und Anreize schafft, Produkte länger zu verwenden. Die EU sollte gegen geplanten Verschleiß vorgehen, indem sie die Gewährleistungsfrist verlängert und Höchstpreise für Ersatzteile nach Ablauf der Gewährleistungsfrist festlegt. Alle Mitgliedstaaten sollten nach dem Vorbild Schwedens eine Steuervergünstigung für Reparaturdienstleistungen einführen. Die Hersteller sollten verpflichtet werden, die erwartete Lebensdauer ihrer Produkte anzugeben. Die EU sollte über eine Internetplattform und durch Bildungsmaßnahmen Informationen darüber bereitstellen, wie Produkte wiederverwendet und repariert werden können.**

Unsere Einweg- und Wegwerfgesellschaft ist nicht nachhaltig, weil sie zu viel Abfall erzeugt. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen schaffen wir den Übergang zu einer Gesellschaft, die Produkte wiederverwendet und repariert und dadurch generell weniger konsumiert und den Überkonsum reduziert.

**21. Wir empfehlen der EU, höhere Umweltstandards bei der Herstellung einzuführen und für faire Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktionskette zu sorgen. Die EU-Produktionsstandards sollten nachhaltiger und in allen Mitgliedstaaten harmonisiert werden sowie für alle importierten Waren gelten. Dazu sollten auch Sozialstandards gehören, wie etwa ein existenzsicherndes Einkommen für Arbeitskräfte in der Herstellung und gute**

**Arbeitsbedingungen in Fabriken. Gegen Produkte, bei denen diese Standards nicht eingehalten werden, sollte vorgegangen werden.**

Es ist wichtig, europaweit einheitliche Umwelt- und Sozialstandards bei der Herstellung festzulegen, um eine nachhaltige Herstellung aller Waren sicherstellen zu können. Diese Maßnahmen sind für einen Wandel der Wirtschaft und der Produktionsmuster von Unternehmen entscheidend.

**22. Wir empfehlen der EU und den Mitgliedstaaten, Maßnahmen einzuführen, um Werbung für umweltschädliche Produkte einzuschränken. Bei weniger nachhaltigen Produkten sollte in allen Formen von Werbung darauf hingewiesen werden, dass sie der Umwelt schaden. Für Produkte, die gar nicht nachhaltig sind, sollte Werbung EU-weit verboten werden.**

Werbung fördert den Konsum; Produkte, die der Umwelt schaden, sollten daher nicht beworben werden. So werden die Menschen weniger dazu verleitet, umweltschädliche Produkte zu kaufen.

**23. Wir empfehlen der EU, einheitliche Pfandsysteme für alle Primärverpackungen aus Glas, Kunststoff oder Aluminium in der gesamten EU einzuführen und auszuweiten. Nach Möglichkeit sollten die Hersteller Mehrwegverpackungen sterilisieren und wiederverwenden und nicht nur das Material recyceln. Neben Lebensmittel- und Getränkeverpackungen sollte die Regelung auch andere Arten von Flaschen und Behältnissen wie Shampoo-Flaschen umfassen.**

Verbraucher/innen werfen zu viele Verpackungen weg, die unsere Ökosysteme verschmutzen und zerstören. Pfandsysteme sind ein Anreiz für die Bürger/innen, Verpackungen zurückzubringen, anstatt sie wegzuerwerfen, und tragen zur Verringerung von Abfällen bei. Durch den Ausbau des Pfandsystems werden weniger Ressourcen benötigt und die Mengen an Abfall reduziert.

### Unterpunkt 3.2 Abfallreduzierung

**24. Wir empfehlen, dass auf europäischer Ebene verstärkt politische Maßnahmen für eine Kreislaufwirtschaft durchgeführt werden, die sowohl auf Unternehmen als auch auf Bürger/innen ausgerichtet sind, und zwar in Form**

### **von finanziellen Anreizen für diejenigen, die sie einhalten.**

Reduzieren Produktionsstätten nämlich ihr Personal, schrauben ihre Produktion zurück oder schließen sogar ihr Werk, werden viele Menschen arbeitslos. Durch die Umschulung von Arbeitslosen sollen umweltsichere Prozesse vorangetrieben und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit verringert sowie die Modernisierung einer diversifizierten Wirtschaft gefördert werden.

### **25. Wir empfehlen der EU, eine Regelung für die Verwendung von umweltfreundlichen Verpackungen (d. h. biologisch abbaubaren oder recycelbaren Verpackungen oder, soweit möglich, langlebigeren Verpackungen) und/oder von kleineren Verpackungen einzuführen. Diese sollen einen QR-Code mit Informationen über das Recycling- und/oder Entsorgungsverfahren der Verpackungen enthalten.**

Diese Empfehlung führt zu weniger Verpackungen, weniger Abfall und damit zu weniger Umweltverschmutzung, einer saubereren Umwelt und letztlich zu einer Verringerung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks. Außerdem verringert sich die steuerliche Belastung für die Hersteller.

### **Unterpunkt 3.3 Faire Produkte, Verfügbarkeit für alle und nachhaltiger Konsum**

### **26. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Rechtsrahmen zu schaffen, um allen Menschen in Europa einen besseren Zugang zu erschwinglichen lokalen und hochwertigen Lebensmitteln zu gewährleisten.**

Derzeit ist auf EU-Ebene nicht eindeutig geklärt, was lokale und hochwertige Lebensmittel sind. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Der Import minderwertiger Produkte wirkt sich negativ auf die Umwelt aus. Wir müssen alle Ursachen des Klimawandels bekämpfen, dazu gehört auch der Import minderwertiger Produkte: Die Transportstrecken müssen verringert und saisonale Produkte bevorzugt werden.

Diese Empfehlung kann auch für andere Produkte als Lebensmittel angewandt werden.

**27. Wir empfehlen der Europäischen Union, Forschung und Entwicklung zu fördern, um nachhaltigere und erschwinglichere Produkte auf dem europäischen Markt in Verkehr zu bringen. Darüber hinaus muss die Europäische Union Bürger/innen auf allen Entscheidungsebenen konsultieren, einschließlich der lokalen Ebene, um deren Bedürfnisse in Bezug auf nachhaltige Produkte zu ermitteln.**

Wir sind der Ansicht, dass es an Forschung für nachhaltige Produkte mangelt und dass dringend mehr Mittel für die Forschung bereitgestellt werden müssen, damit die Menschen in Europa Zugang zu erschwinglichen nachhaltigen Produkten haben.

Die Bürger/innen müssen am Entscheidungsprozess teilhaben können. Die Agenda für Forschungs- und Innovationsmaßnahmen muss gemeinsam mit den Bürger(inne)n festgelegt werden.

Die Bürger/innen müssen über die Folgemaßnahmen informiert werden und Rückmeldungen erhalten.

**28. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Regulierungsmechanismus für Modeprodukte einzuführen, die auf dem Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden. Der Mechanismus würde ein besseres Konsumverhalten durch einen Nachhaltigkeitsindikator fördern.**

Der Modesektor, der zu viele minderwertige Produkte außerhalb von Europa produzieren lässt, hält ethische Normen nicht ein und ist nicht nachhaltig.

Wir benötigen einen fairen Mechanismus, der den Menschen einen nachhaltigeren Konsum ermöglicht. Steuern sollten jedoch nicht erhöht werden. Das würde sich negativ auf die europäischen Verbraucher/innen auswirken und die Kaufkraft verringern.

Die Verbraucher/innen sollten darüber informiert sein, unter welchen Bedingungen die gekauften Produkte hergestellt werden und ob sie nachhaltige Qualitätsnormen erfüllen.

## Punkt 4: In Richtung nachhaltige Gesellschaft

### Unterpunkt 4.1 Erneuerbare Energien – jetzt!

**29. Wir empfehlen der EU, während der Übergangszeit – solange wir noch von konventioneller Energie abhängig sind – CO<sub>2</sub>-Filter verpflichtend zu machen, insbesondere für Kohlekraftwerke. Zusätzlich empfehlen wir, dass die EU jene Mitgliedstaaten, die nicht über die notwendigen Mittel für die Einführung von CO<sub>2</sub>-Filtern verfügen, finanziell unterstützt. Voraussetzung für die Unterstützung ist die Einhaltung der EU-Klimapolitik im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris, dem Grünen Deal und etwaigen neuen Klimagesetzen.**

**Dies ist neben weiteren Investitionen in die Forschung zur sicheren Energieerzeugung eine konkrete Maßnahme, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die bereits angenommenen gemeinsamen Klimaziele schrittweise zu erreichen.**

Bekanntlich erzeugen Brennstoffe Treibhausgase; im Hinblick auf das Übereinkommen von Paris ist es notwendig, dass die EU-Mitgliedstaaten diese Art von Energiegewinnung reduzieren. Nachdem wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht sofort stoppen können und wir immer noch von Kohle abhängig sind, müssen wir sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen ergreifen.

Da die CO<sub>2</sub>-Reduktion ein gemeinsames Interesse aller Menschen in der EU und darüber hinaus ist, kommt die EU als Organ ihrer Verantwortung nach, gibt Empfehlungen ab und ermöglicht Lösungen, da die Mitgliedstaaten die Ziele nicht allein erreichen können.

**30. Wir empfehlen, die Massentierhaltung einzuschränken, um Methanausstöße und Wasserverschmutzung zu reduzieren. Zu diesem Zweck überprüft die EU ihre gemeinsame Agrarpolitik, um Subventionen auf eine nachhaltige und lokale Landwirtschaft auszurichten, die unter anderem durch ein Kennzeichnungssystem für nachhaltige Fleischerzeugnisse unterstützt wird. Darüber hinaus fordern wir die EU auf, in Wiederverwendungsmethoden für Abfälle aus der Tierproduktion und anderen Industriezweigen zu investieren.**

Die Bevölkerung wächst – und damit auch die Nachfrage nach Fleisch. Daher müssen wir unseren Fleischkonsum reduzieren.

Nachdem Methan Treibhausgase erzeugt, sind wir der Ansicht, dass die

Tierhaltung ein offensichtlicher Faktor ist, an dem angesetzt werden kann. Wir müssen weniger Fleisch konsumieren. Daher benötigen wir auch weniger Vieh.

- 31. Eine mehrfach vorteilhafte Energiequelle ist grüner Wasserstoff, auch wenn es sich bei der Erzeugung um ein kostenintensives Verfahren handelt (75 % Energie notwendig für 25 % Wasserstoff). Die beste Lösung könnte demnach die Gewinnung CO<sub>2</sub>-freier Energie und die Entwicklung von grünem Wasserstoff sein. Windenergie sollte für die Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt werden. Die EU sollte mehr in die Erzeugung von Windenergie investieren und Energie für die Zukunft speichern.**

Grüner Wasserstoff ist vielseitig und kann gespeichert, also nach Bedarf abgerufen werden. Somit gibt es keine CO<sub>2</sub>-Verschmutzung.

#### Unterpunkt 4.2 Wandel fördern

- 32. Wir empfehlen der EU, ein System einzuführen, das durch Pflicht und Anreiz zur Bekämpfung von Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung sowie Strahlung beiträgt. Die Verursacher sollten sanktioniert werden. Zudem sollten Expertenorganisationen verpflichtend bei der Beseitigung der Umweltverschmutzung und der Wiederherstellung des Ökosystems helfen. Diese Expertenorganisation sollte eine führende Rolle bei der Vermeidung und Kontrolle des Verschmutzungsgrads spielen.**

Wichtig ist, auf die Verantwortung der Verursacher hinzuweisen und die Akteure zu ermutigen, Umweltverschmutzung mit Blick auf das Null-Schadstoff-Ziel zu verringern. Wir brauchen einen gesunden Planeten, denn davon hängt unser Wohlergehen und unsere Zukunft ab.

- 33. Wir empfehlen der EU, eine spezielle, von mehreren Experten geprüfte Website/Plattform mit regelmäßig aktualisierten und vielfältigen wissenschaftlichen Informationen zur Umwelt einzurichten, die für alle Bürger/innen leicht zugänglich und transparent ist. Diese Website/Plattform sollte mit einem Forum verlinkt sein, in dem Bürger/innen und Experten interagieren können. Außerdem empfehlen wir, eine Medienkampagne**

**einzuweisen, um diese Website/Plattform bekannt zu machen (z. B. über soziale Medien wie YouTube, TikTok, LinkedIn).**

Alle Bürger/innen müssen über unabhängige, wissenschaftlich fundierte Informationsquellen verfügen, um die Probleme des Klimawandels (seine Folgen und die erforderlichen Schritte zur Bekämpfung) verstehen und Falschmeldungen erkennen zu können. Eine Medienkampagne soll sie auf diese Plattform/Website aufmerksam machen. Wichtig ist auch, dass die auf der Website/Plattform bereitgestellten Informationen verständlich sind und dass die Informationen allen interessierten Bürger(inne)n zur Verfügung stehen.

**34. Wir empfehlen der EU, die Menge der eingeführten Waren, die die Nachhaltigkeitsstandards der EU nicht erfüllen, zu reduzieren.**

So können wir sicherstellen, dass in die EU eingeführte Waren umweltfreundlicher sind. Ziel ist es, die Umweltverschmutzung weltweit zu verringern. Darüber hinaus ist es wichtig, Ländern aufzuzeigen, welche Standards beim Export in die EU eingehalten werden sollen.

**35. Wir empfehlen der EU, den Dialog über den Klimawandel zwischen allen Entscheidungsebenen – von der lokalen Ebene (Bürgerinnen und Bürgern) bis zur globalen (nationalen, internationalen und interkontinentalen) Ebene – zu fördern und zu erleichtern, um den Anliegen aller Beteiligten Rechnung zu tragen.**

Dialog und Konsens sind der beste Weg, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen: Wenn alle Beteiligten gehört werden, besteht mehr Bereitschaft, eine gemeinsame Grundlage zu finden.

#### Unterpunkt 4.3 Umweltfreundlicher Verkehr

**36. Wir empfehlen der EU, die Mitgliedstaaten bei der Anbindung ländlicher Gebiete finanziell zu unterstützen. Dies sollte durch den Aufbau eines europäischen öffentlichen Verkehrsnetzes mit erschwinglichen Preisen (Priorisierung der Eisenbahn) und mit Anreizen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel geschehen. Zu diesem Zweck sollte die Internetanbindung**

**auch in ländlichen Gebieten ehestmöglich ausgebaut werden.**

Diese Empfehlung beruht darauf, dass es keinen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Internetanbindungen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gibt. Ein Gefühl von Gleichberechtigung aller Bürger/innen würde die europäische Gemeinschaft stärken. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und der Internetanbindung wäre ein Anreiz, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen. Da dadurch weniger Menschen in überfüllten Städten leben würden, könnte die Umweltverschmutzung verringert werden.

**37. Wir empfehlen den Ausbau bestehender Verkehrsinfrastrukturen, die möglicherweise stillgelegt sind oder aus ökologischer Sicht noch verbessert werden können (Einführung von Elektro-Zügen). Dabei sollten keine Umweltschutzgebiete geschädigt werden.**

Der Ausbau bestehender Infrastrukturen würde verhindern, dass zu viele Ressourcen ausgegeben und Schäden an Schutzgebieten verursacht werden, die für die Erhaltung der biologischen Vielfalt wichtig sind. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes würde zu einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und zu mehr Mobilität von städtischen in ländliche Gebiete führen.

**38. Wir empfehlen der EU, den Kauf von Elektrofahrzeugen zu fördern, die im Hinblick auf Akkulaufzeit guten Standards entsprechen. Dies könnte durch Anreize für die Mitgliedstaaten und eine bessere Infrastruktur für den Elektroverkehr erreicht werden. Gleichzeitig sollte die EU in die Entwicklung anderer schadstofffreier Technologien wie Biokraftstoffe und Wasserstoff für Fahrzeuge investieren, deren Elektrifizierung schwierig ist, wie z. B. Boote und Lastkraftwagen.**

Strom ist neben anderen Energiequellen wie Wasserstoff und Biokraftstoffen die schnellste Lösung, um die Emissionen von Fahrzeugen zu senken. Die schnellste, wirtschaftlichste und realisierbarste Lösung ist demnach Elektrifizierung, gefolgt von Biokraftstoffen. Langfristig sollte grüner Wasserstoff eine ergänzende Rolle spielen, um jene Verkehrsträger abzudecken, die nicht elektrisch angetrieben werden können.

## Punkt 5: Fürsorge für alle

### Unterpunkt 5.1 Stärkung des Gesundheitssystems

**39. Wir empfehlen der EU, für gemeinsame Gesundheitsstandards sowie angemessene Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, gleiche Ausbildungsstandards und Zertifizierungen für Angehörige der Gesundheitsberufe in der gesamten Europäischen Union zu sorgen.**

Unterschiede bei Gesundheitsstandards, Lohn und Ausbildung von Angehörigen der Gesundheitsberufe zwischen den Mitgliedstaaten könnten zu Ungleichheit in der Europäischen Union führen. Einheitliche Gesundheitsstandards könnten zu einem stärkeren, effizienteren und widerstandsfähigeren System beitragen (Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Gesundheitssysteme als Beispiel). Sie würden zudem den Wissens- und Informationsaustausch im Gesundheitsbereich erleichtern.

**40. Wir empfehlen der Europäischen Union, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in der EU Zugang zu gleicher und preislich fairer Behandlung haben. Dies könnte beispielsweise durch eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) oder durch die Einrichtung einer neuen spezialisierten europäischen Beschaffungsagentur sichergestellt werden, die EU-weit für die Aushandlung von fairen Arzneimittelpreisen zuständig wäre. Das Risiko von Monopolen in der Pharmaindustrie muss minimiert werden.**

Um allen Menschen in der EU die gleichen Rechte im Gesundheitsbereich zu garantieren, muss die medizinische Versorgung und Behandlung auf einem einheitlichen Niveau sein. Durch erweiterte Beschaffungskapazitäten lassen sich bessere Konditionen aushandeln. Dies darf jedoch nicht zu Monopolstrukturen und Pharma-Lobbyismus führen. Das Corona-Krisenmanagement ist ein gutes Beispiel für kooperatives EU-Gesundheitsmanagement.

**41. Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Gesundheitsdatenbank, in der Patientenakten bei Notfällen oder Krankheiten zur Verfügung gestellt werden. Die Aufnahme sollte nicht verpflichtend sein; der Schutz personenbezogener Daten muss gewährleistet sein.**

Der Zugang zu Daten und die Datennutzung ermöglichen eine rasche Reaktion auf lebensbedrohliche Situationen. Hacking oder Missbrauch sind eine große Bedrohung für ein solches europäisches Gesundheitsdatenbanksystem. Daher müssen die Daten gesichert werden, die Aufnahme freiwillig sein und Sicherheitsbedrohungen verhindert werden.

**42. Wir empfehlen der Europäischen Union, bereits bestehende Forschungs- und Innovationsprogramme im Gesundheitswesen weiterzuentwickeln und aufeinander abzustimmen, wie dies im Rahmen des Programms Horizont Europa geschieht. Wissenschaftliche Ergebnisse sollten in allen Mitgliedstaaten frei zugänglich gemacht werden.**

Durch eine wissenschaftliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene lassen sich wissenschaftliche Kapazitäten und der Wissensstand der Forschenden erweitern. Wissensaustausch kann beispielsweise zu frühzeitigen Diagnosen und besseren Behandlungen von schweren und tödlichen Krankheiten in ganz Europa führen. Auch Europas Selbstversorgung in Bezug auf Medikamente und medizinischer Ausrüstung könnte dadurch gefördert werden.

**43. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Mittel für gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte im Gesundheitsbereich aufzustocken (ohne Haushaltskürzungen bei anderen gesundheitsbezogenen EU-Programmen). So können die europäischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen insgesamt gestärkt werden.**

Gesundheitsbezogene Forschung und Investitionen werden langfristig die Präventivmedizin stärken und Kosten im Gesundheitsbereich senken. Mehr Fördermittel könnten die Abwanderung von Fachkräften aus Europa in andere Industrieländer mit höheren FuE-Mitteln im Gesundheitsbereich verhindern. Dafür sollten jedoch keine bereits vorhandenen Finanzmittel für das Gesundheitswesen umgewidmet werden.

## Unterpunkt 5.2 Ein weitreichenderes Verständnis von Gesundheit

**44. Wir empfehlen, im Rahmen einer EU-Strategie in allen Mitgliedstaaten gleichzeitig eine Gesundheitswoche mit besonderem Schwerpunkt auf psychischer Gesundheit einzuführen. In dieser Woche sollen alle wichtigen Themen im Bereich der psychischen Gesundheit behandelt und gefördert werden, im Einklang mit bestehenden Initiativen wie denen der Organisation Mental Health Europe.**

Alle europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten sich nämlich akzeptiert und einbezogen fühlen, insbesondere wenn sie unter psychischen Problemen leiden. Darüber hinaus sollte das Thema psychische Erkrankung in unserem Alltag Eingang finden, das Bewusstsein darüber geschärft werden, und damit zusammenhängende soziale Probleme wie Diskriminierung sollten verhindert werden. Diese Initiative ist besonders angesichts der Tatsache wichtig, dass psychische Probleme im Laufe der Pandemie zugenommen haben und wohl auch weiterhin zunehmen werden.

**45. Wir empfehlen, Frauenhygieneartikel bei der Besteuerung nicht mehr als Luxusprodukte zu betrachten, da es sich dabei um essentielle Produkte handelt. Wir empfehlen außerdem, hormonale Verhütungsmittel, die aus medizinischen Gründen wie Fibromyalgie und Endometriose verwendet werden, als regelmäßige medizinische Behandlung zu besteuern. Ferner empfehlen wir der Europäischen Union, die Harmonisierung von medizinisch unterstützten Reproduktionsbehandlungen für alle Frauen (alleinstehende oder verheiratete Frauen) EU-weit zu fördern.**

In einigen europäischen Ländern werden Frauenhygieneartikel ungerechterweise als Luxusprodukte besteuert. Bestimmte hormonale Verhütungsmittel werden aus medizinischen Gründen verwendet und sollten daher entsprechend besteuert werden. Da Reproduktionsbehandlungen für Frauen, wie In-Vitro-Fertilisation oder Einfrieren von Eizellen, in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich gefördert werden, sollte die EU eine Harmonisierung anregen.

**46. Wir empfehlen der EU, alle Mitgliedstaaten dringend dazu aufzufordern, die Themen psychische Gesundheit und Sexualerziehung in ihre Schullehrpläne aufzunehmen. Um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, sollte die Europäische Union einen standardisierten Lehrplan für die Themen psychische Gesundheit und Sexualität entwickeln und zur Verfügung stellen.**

Diskriminierung und Tabus in puncto psychische Gesundheit müssen verringert werden. Außerdem sollten Fehlinformationen und unwissenschaftliche Ansätze vermieden werden. Sexualerziehung fördert ein gesundes Leben und eine gesunde Gemeinschaft, da unter anderem Teenagerschwangerschaften verhindert werden können.

**47. Wir empfehlen der EU, innerhalb der Mitgliedstaaten und für alle Bürger/innen ein besseres Kommunikationssystem für all ihre Initiativen im Bereich der psychischen Gesundheit zu entwickeln. Hierbei denken wir insbesondere an das Portal für bewährte Verfahren im Gesundheitswesen. Die Europa-Abgeordneten könnten einander diese bewährten Verfahren vorstellen, um sie in allen Mitgliedstaaten besser bekannt zu machen.**

Zum einen sind die Bürger/innen nicht gut über EU-Initiativen informiert. Zum anderen können wir durch den Austausch solcher Verfahren voneinander lernen.

### Unterpunkt 5.3 Gleiche Gesundheitsversorgung für alle

**48. Wir empfehlen der EU, Mindeststandards für ordentliche Zahnbehandlungen, einschließlich Prophylaxe, EU-weit festzulegen und zu fördern. Für Kinder, einkommensschwache und sonstige schutzbedürftige Gruppen sollte der Besuch beim Zahnarzt kostenlos sein. Innerhalb der nächsten 15-20 Jahre sollte die EU sicherstellen, dass eine Zahnbehandlung für jedermann erschwinglich ist.**

Wir empfehlen das ausdrücklich, weil die zahnärztliche Versorgung für viele Menschen in der EU derzeit nicht bezahlbar ist. Schlechte zahnärztliche Versorgung und mangelnde Zahnprophylaxe schaden der Gesundheit und senken die Lebenserwartung. Die EU sollte zunächst einen Mindeststandard für die zahnärztliche Versorgung festlegen und kostenlose Zahnbehandlungen für

Kinder und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen vorschreiben. Schließlich sollte jedermann Anspruch auf eine ordentliche zahnärztliche Versorgung haben.

**49. Wir empfehlen, Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die zwischen EU und EU-Mitgliedstaaten geteilten Zuständigkeiten aufzunehmen. Hierzu muss Artikel 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) entsprechend geändert werden.**

Wir empfehlen das, weil die EU derzeit nicht über ausreichende Befugnisse verfügt, um Rechtsvorschriften im Bereich der Gesundheitsversorgung zu erlassen. Corona hat gezeigt, dass die EU in der Gesundheitspolitik präsenter sein muss. Mit dieser Vertragsänderung kann die EU mehr tun, um die Gesundheitsversorgung aller zu gewährleisten und verbindliche Bestimmungen zu formulieren.

**50. Wir empfehlen, dass die EU kostenlose Erste-Hilfe-Kurse für alle EU-Bürger/innen anbietet. Die EU könnte in Erwägung ziehen, solche Kurse für Schüler/innen und bestimmte Arbeitsplätze (im öffentlichen wie im privaten Sektor) verbindlich vorzuschreiben. Solche Kurse müssen praxisbezogen, wiederkehrend und altersgerecht sein. Darüber hinaus sollte eine Mindestanzahl von Defibrillatoren an öffentlichen Orten in allen EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen.**

Wir empfehlen das, weil viele Menschen in der EU im Notfall hilflos sind und keine Erste Hilfe leisten können. Das kostet unzählige Menschenleben. An nicht wenigen öffentlichen Orten gibt es noch immer keine Defibrillatoren.

**51. Wir empfehlen der EU, dafür zu sorgen, dass private Gesundheitsdienstleister nicht unfaire Weise in den Genuss öffentlicher Mitteln kommen oder Ressourcen aus den öffentlichen Gesundheitssystemen abziehen. Die EU sollte den Mitgliedstaaten nachdrücklich empfehlen, die Gelder für ihr Gesundheitswesen aufzustocken.**

Wir empfehlen das, weil die EU und die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu garantieren. Darüber hinaus wären wir mit einem stärkeren öffentlichen Gesundheitssystem auch besser auf künftige Pandemien vorbereitet.

## Anhang: WEITERE EMPFEHLUNGEN, DIE VOM GREMIUM DISKUTIERT, ABER NICHT BESCHLOSSEN WURDEN

### Punkt 1: Besser leben

#### Unterpunkt 1.1 Gesunder Lebensstil

**Wir empfehlen, dass die EU allen Mitgliedstaaten bewährte Verfahren zum Verbot oder zur Beschränkung der Alkohol- und Tabakwerbung in allen Medien für alle Altersgruppen empfiehlt — hauptsächlich jedoch an junge Menschen gerichtet. Die EU sollte für die Durchsetzung von Rechtsvorschriften sorgen, die den Verkauf dieser Produkte an Minderjährige untersagen. Alle Mitgliedstaaten sollten das Rauchen im öffentlichen Raum, insbesondere in Bildungseinrichtungen, unter Strafe stellen und ausgewiesene Raucherzonen einrichten.**

Ungesundes Verhalten darf nicht beworben werden und sollte öffentlich weniger Beachtung finden. Da Alkohol und Tabak obendrein besonders beliebte schädliche Substanzen sind, wird diese Empfehlung den missbräuchlichen Konsum dieser Stoffe verhindern.

**Wir empfehlen, dass die EU die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, nachhaltiges, gesundes und schmackhaftes Kochen in ihre Lehrpläne aufzunehmen. Die EU kann das in Form gesunder Online- oder klassischer Kochbücher flankieren. Um junges Publikum zu erreichen, sollte das proaktiv in traditionellen und sozialen Medien beworben werden. Wir sollten auch die Eltern daran heranzuführen, wie man Lebensmittel am besten für eine gesunde Ernährung verwendet. Diesem Bereich sollte sich eine anregende und bereichernde Forschung widmen.**

Koch- und Ernährungskurse in der Schule würden zu gesünderen jungen Menschen führen und dem Fast-Food-Trend entgegenwirken. Das Gelernte können die Kinder dann ihren Eltern weitervermitteln. Nicht zuletzt wären Eltern, die wissen, wie man sich gesund ernährt, gute Vorbilder für Kinder.

**Wir empfehlen, die Kampagne „HealthyLifestyle4All“ der EU-Kommission über eine gesunde Lebensweise und die Vorteile sozialer Aktivitäten mit konkreten Beispielen und ganzheitlich zu intensivieren. Es sollten Informationskampagnen für konkrete Zielgruppen geplant werden, wobei für jede Zielgruppe die geeigneten Kommunikationskanäle zu wählen sind. Darüber hinaus müssen weiterhin Belohnungen in Aussicht gestellt und Anreize geschaffen werden, um positives Verhalten zu fördern. Bei den Kampagnen sollten Influencer, Prominente oder Behörden mitwirken. Der doppelte Nutzen für Gesundheit wie für Klima und Umwelt sollte dabei hervorgehoben werden. Ferner wären kostenlose Sportangebote in allen Mitgliedstaaten wünschenswert.**

Eine gesündere Lebensweise ist von Vorteil für das Gesundheitswesen, da gesundheitliche Probleme weniger häufig auftreten. Körperliche Gesundheit ist wichtig für die psychische Gesundheit und die allgemeine Zufriedenheit. Laufende Kampagnen sind nicht ausreichend bekannt. Deshalb sollten Vorbilder und Influencer stärker einbezogen werden.

**Wir empfehlen eine Informationskampagne zu gesundem Essen und gesunder Ernährung. Die EU sollte höhere Steuern auf Fleisch und Zucker in den Mitgliedstaaten anregen. Gesunde und ungesunde Lebensmittel sollten mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen belegt werden. Wir empfehlen eindeutige Warnhinweise auf sehr ungesunden Lebensmitteln (z. B. Tabakerzeugnissen). Zusätzlich empfehlen wir einen europaweiten Kalorienrechner mit einschlägigen Informationen und einem QR-Code, damit Verbraucher/innen wissen, was sie kaufen. Sondierung von Möglichkeiten, gesunde Lebensmittel günstiger als Junk Food anzubieten, und es für die Landwirtschaft attraktiver zu machen, gesunde Produkte herzustellen.**

Gesunde Lebensmittel sind die Grundlage für ein gesundes Leben. Nicht nur die Hersteller, sondern auch die Verbraucher/innen sind gefragt. Die Herstellung gesunder Produkte wirkt sich auch positiv auf die Umwelt aus und ist für die regionale Landwirtschaft von Vorteil. Wenn mehr gesunde Lebensmittel produziert werden, sinken die Preise bei steigender Nachfrage.

## Unterpunkt 1.2 Umwelterziehung

**Wir empfehlen der EU, ein Finanzierungsprogramm einzurichten, um Anreize für die Aufnahme eines langfristigen Umwelterziehungsprogramms in die nationalen Bildungssysteme für Kinder in Grund- und Sekundarschulen zu schaffen. Dieses Förderprogramm sollte auch finanziell bedürftigen Eltern zugutekommen.**

Die aktuellen Bildungssysteme weisen nicht genügend praktische Elemente auf, die direkte und tiefgreifende Interaktionen zwischen Kindern und der Umwelt zulassen. Kurzfristig angelegte bestehende Programme sind heterogen und dem notwendigen Umdenken nicht gerade förderlich. Damit alle Kinder gleichermaßen in den Genuss des Programms kommen können, und kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird, sollten die Eltern entsprechend unterstützt werden.

## Punkt 2: Schutz von Umwelt und Gesundheit

### Unterpunkt 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

**Wir empfehlen dringend, EU-weit höchstmögliche Trinkwasserstandards festzulegen. Um Wasser einzusparen, schlagen wir ein Belohnungssystem vor, das Wasser preislich günstiger macht, wenn man weniger verbraucht, z. B.: (1) durch die Schaffung eines dynamischen Systems, das die Verbraucher dazu anhält, unter dem durchschnittlichen Wasserverbrauch zu bleiben (d. h. ein Anstieg des Wasserverbrauchs um 10 % erhöht den Preis um 11 %), (2) durch Einführung einer Zertifikatsregelung für Wasserverunreinigungen durch verarbeitende Unternehmen — ähnlich wie die bereits bestehenden CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate.**

Diese Empfehlung rechtfertigt sich damit, dass drohende Preisanstiege einen Anreiz dafür bieten, bewusstere Entscheidungen in puncto Verbrauch zu treffen. Angesichts der unterschiedlichen Gegebenheiten in den EU-Ländern und im Sinne eines sozial gerechten Systems können wir ärmere Bevölkerungsgruppen bei der Wasserbewirtschaftung dadurch unterstützen, dass wir in Wasserinfrastruktur und Forschung investieren.

## Punkt 3: Neuausrichtung von Wirtschaft und Konsum

### Unterpunkt 3.1 Regulierung von Überproduktion und -konsum

**Wir empfehlen der EU, Unternehmen, die ihre infolge von Überproduktion nicht verkaufte Ware vernichten, mit Geldbußen zu belegen.**

Oft ist es für Unternehmen rentabler, nicht verkaufte Produkte zu entsorgen als sie zu recyceln oder wiederzuverwenden. Nur wenn Überproduktion angesichts drohender Geldbußen uninteressant wird, ist sie für Hersteller auch nicht mehr rentabel.

### Unterpunkt 3.2 Abfallreduzierung

**Wir empfehlen der EU, eine Abfallpolitik für Haushalte/Bürger zu entwickeln und einzuführen, die der tatsächlich erzeugten Abfallmenge Rechnung trägt und durch eine Sensibilisierung für die Vorteile von weniger Abfall und von Mülltrennung flankiert wird. Gemäß dem Grundsatz, dass niemand im Stich gelassen wird, sind auch Maßnahmen für sozial benachteiligte Familien (z. B. junge Familien mit Kindern, ältere Menschen usw.) zu ergreifen.**

Es geht darum, zu einem einheitlichen Ansatz für den Umgang mit Abfall in Haushalten zu gelangen, die Umwelt in Form von weniger Müll zu schonen, die Kreislaufwirtschaft weiter zu fördern und den Müll effizienter zu entsorgen. Nicht zuletzt soll das Umweltbewusstsein der Menschen insgesamt geschärft werden.

**Wir empfehlen, dass die EU den Wettbewerb auf dem freien Markt fördert und den Privatsektor dazu anregt, sich aktiver an der Abfallbehandlung, einschließlich Abwasser, sowie an Upcycling- und Recyclingtätigkeiten zu beteiligen.**

Die EU ist die richtige Ebene, um diese Empfehlung umzusetzen, da sie die Abfallrahmenrichtlinie und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft ergänzt. Ferner werden innovative Lösungen in der Abfallbewirtschaftung gefördert und die Qualität der Abfallbewirtschaftung sowie der Umfang der aufbereiteten

Abfälle erhöht, da sich mehr Unternehmen an diesen Tätigkeiten beteiligen werden.

### Unterpunkt 3.3 Faire Produkte, Verfügbarkeit für alle und nachhaltiger Konsum

**Wir empfehlen, Industrien wieder innerhalb der EU anzusiedeln, um hochwertige und faire Produkte bereitzustellen und Klimaprobleme anzugehen.**

Das Know-how der EU muss auf ihrem eigenen Markt zur Anwendung kommen. Aufgrund der Verlagerung von Industrien außerhalb der EU, insbesondere nach Asien, geht auch Fachkompetenz verloren. Diese Empfehlung betrifft die Berufsausbildung europäischer Arbeitnehmer/innen.

Wir beharren darauf, dass Verlagerungen zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten vermieden werden müssen, um unlauteren Wettbewerb zu verhindern.

Wir haben beobachtet, dass die massive Verlagerung von Industrien weltweit Auswirkungen auf die europäische Industrie hat. Somit wird lokale Produktion zu gesünderen Menschen und einer intakteren Umwelt führen.

## Punkt 4: In Richtung nachhaltige Gesellschaft

### Unterpunkt 4.3 Umweltfreundlicher Verkehr

**Wir empfehlen, dass Großstädte je nach Ausrichtung ihres öffentlichen Verkehrssystems in Bezug auf Umwelt und Umweltverschmutzung (Elektrofahrzeuge, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, fußgänger- bzw. fahrradfreundliche Strukturen usw.) Strafen oder Subventionen erhalten. Sanktionen oder Subventionen sollten unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausgangssituation insbesondere angesichts der Maßnahmen erfolgen, die die Städte im Sinne eines umweltfreundlichen Verkehrssystems ergriffen haben. Entsprechende Leistungsindikatoren sollte die EU gesetzlich festlegen. Das sollte unter Berücksichtigung der Ausgangslage jeder einzelnen Stadt erfolgen.**

Wir empfehlen das, weil die Luftverschmutzung in den Städten einige Gesundheitsprobleme aufwirft. Die Entwicklung umweltfreundlicher Verkehrsmittel würde das Leben und die Gesundheit der Menschen verbessern und den Treibhauseffekt verringern. Subventionen und Sanktionen fördern das Umdenken und eine Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten in den einzelnen Städten.

**Wir empfehlen, Flüge und Kreuzfahrten auf kurzen Strecken EU-rechtlich einzuschränken und zu regeln. In Sachen Verkehr müssen ökologische Alternativen geschaffen werden. Eine dieser Alternativen sollte die Harmonisierung der Eisenbahnstrecken sein, damit die europäischen Hauptstädte miteinander verbunden sind. Darüber hinaus empfehlen wir der EU, umweltfreundliche Veränderungen im Gütertransport, z. B. im Bahn- und Schiffsverkehr (Kurzstreckenfahrten), zu bezuschussen.**

Wir empfehlen das, weil die vielen Kurzstreckenfahrten umweltbelastend und keineswegs alternativlos sind. Weniger Kreuzfahrtschiffe würden die Meeresverschmutzung (gravierendes Umweltproblem) und die negativen Auswirkungen in Küstenstädten verringern. Daher müssen wir erschwinglichere und sauberere Alternativen finden. Eine einheitliche Spurweite würde bessere Eisenbahnverbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten ermöglichen.

## Punkt 5: Fürsorge für alle

### Unterpunkt 5.2 Ein weitreichenderes Verständnis von Gesundheit

**Wir empfehlen der EU, gemäß ihrer Kampagne HealthyLife4All auch Initiativen wie sportliche Benefizveranstaltungen, schulische Sportveranstaltungen und alle zwei Jahre stattfindende Olympiaden für alle Altersklassen und Sportarten [nicht für Profis] zu fördern. Wir empfehlen ferner die Entwicklung einer kostenlosen europäischen Sport-App, um Anreize für gemeinsamen Sport zu schaffen. Mithilfe dieser App können die Menschen dann über den Sport Kontakt zueinander aufnehmen und in Verbindung bleiben. Nicht zuletzt sollten diese Initiativen umfassend bekannt gemacht werden.**

Wenn wir eine gesündere Bevölkerung in Europa wollen, muss die EU Anreize für mehr Sport und eine gesündere Lebensweise schaffen. Denn vielen ist der Zusammenhang zwischen Sport und gesundem Leben oft nicht klar. Die App ist deshalb wichtig, weil die meisten sich eher aufrufen können, wenn sie zum Sport verabredet sind.